Haben wir es geschafft?

Seit zehn Jahren steht der Satz der Kanzlerin im Stresstest der Realität. Aber was heißt »wir«? Was heißt »schaffen«? Was heißt »das«?
Wir haben nachgefragt. Eine Collage von Stimmen und Stimmungen, Fakten und Hoffnungen auf den **Seiten 7 bis 9**





Foto: Sergey Ponomarev/The New York Times/Redux/Laif

Auf dem Weg nach Deutschland: Migranten warten am 21. September 2015 am österreichischen Grenzübergang Nickelsdorf auf Busse in die Bundesrepublik

1. Neue Heimat: »Pfannkuchen mit Zimt und Zucker«

Was ist aus der jesidischen Familie geworden, die die ZEIT im Sommer 2015 auf der Autobahn bei Passau getroffen und in einer Titelgeschichte porträtiert hat? AMRAI COEN hat recherchiert

Als Amir und Maha mit ihren drei kleinen Kindern im Sommer 2015 auf dem Seitenstreifen der A3 bei Passau standen, hatten sie eine wochenlange Flucht hinter sich. Fünf Menschen von Hunderttausenden, die in jenen Wochen Deutschland erreichten. Amir, damals 38 Jahre alt, und Maha, damals 30, hatten ihre Heimatstadt Mossul im Irak verlassen, weil sie als Jesiden vom »Islamischen Staat« verfolgt worden waren. Männer wurden ermordet, Frauen versklavt. Maha trug das vier Monate alte Baby Oleana im Arm, Amir hielt die dreijährige Alma an der einen Hand und den fünfjährigen Aiham an der anderen.

Wir berichteten damals in der ZEIT über die Familie und darüber, wie Deutschland auf den Beginn der Flüchtlingskrise reagierte. Das Bild der Familie, wie sie auf dem Seitenstreifen der Autobahn steht, wurde auf der Titelseite der ZEIT (Nr. 32/15) gedruckt mit dem Wort »Willkommen!« – eine Titelzeile, die auch innerhalb der Redaktion zu Diskussionen führte.

Damals nahm ein ZEIT-Leser die Familie bei sich in Bayern auf. Er brachte ihnen das Fahrradfahren bei. Sie nannten ihn »Opa«. Wie geht es ihnen heute, zehn Jahre später? Ein Videoanruf.

Auf dem Bildschirm sieht man die Familie in ihrer Wohnung, sie leben seit 2018 im niedersächsischen Wilhelmshaven, wo vor ihnen schon Verwandte hingezogen waren. Sie sprechen inzwischen alle fließend Deutsch, auch untereinander. Nur manchmal erkundigen sich die Eltern auf Kurdisch nach der richtigen Übersetzung für ein Wort bei ihren Kindern. Sie bitten darum, dass wir in dieser Geschichte nicht ihren Nachnamen nennen und keine aktuellen Fotos zeigen. Der Vater Amir arbeitet in einem Logistik-Lager. Die Mutter Maha hat die vergangenen Jahre geputzt und jetzt eine Weiterbildung abgeschlossen, um in einem Seniorenheim zu arbeiten. Aiham, 15, der älteste, ist gerade nicht da – er ist, wie jeden Tag, auf dem Fußballplatz. Alma, 13, erzählt, dass ihr Lieblingsfach in der Schule Latein sei. Oleana, das Baby von damals, ist inzwischen zehn – so alt wie die Flüchtlingsdebatte selbst. Sie hat gerade ihr Schwimmabzeichen Silber gemacht. Und dann ist da noch Amelie, die jetzt auf dem Bildschirm erscheint, vor acht Jahren in Bayern geboren, sie ruft: »Ich habe Seepferdchen!«



Die drei großen Kinder gehen aufs Gymnasium, sie wollen Ärzte werden. Auf die Frage, woher sie kommen, sagen sie: »Aus Deutschland!« Ihr Lieblingsessen: »Pfannkuchen mit Zimt und Zucker.« An ihre Zeit im Irak erinnern sie sich nicht mehr.

Das Schwierigste in Deutschland sei die Sprache gewesen, sagt Maha, die Mutter. »Wäre es noch mal 2015, wir würden wieder herkommen.« In Deutschland fühlen sie sich wohl. Sie fragen sich nur immer häufiger, ob Deutschland sich auch wohlfühlt mit ihnen. Im Alltag kriegen sie nichts davon mit, dass die Stimmung gegen Menschen wie sie rauer geworden ist. Aber sie sehen es in den Nachrichten, in den sozialen Medien.

Maha sagt: »Bei TikTok hören meine Kinder Dinge wie ›Ausländer raus‹. Wir sind traurig darüber.«

Über ihren Aufenthaltsstatus wird alle drei Jahre neu entschieden. Vergangenes Jahr haben sie einen Antrag auf Einbürgerung gestellt – aber bisher keine Antwort bekommen. Am 18. Dezember 2025 läuft ihre Aufenthaltsgenehmigung aus. Sie fürchten, abgeschoben zu werden. Maha sagt: »Ich will niemals zurück in den Irak.«

Was sagt sie, zehn Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland: Haben sie und ihre Familie es geschafft? »Wenn wir bleiben dürfen, dann ja«, antwortet sie. »Aber nicht, wenn wir abgeschoben werden.«

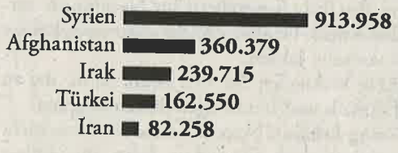
2. Zahlen: Wer ist gekommen?

Anzahl Asylanträge
Januar 2015 bis Juni 2025

3.029.464
Asylanträge

91 %
davon Erstanträge

Fünf wichtigste Herkunftsländer,
Erstanträge Januar 2015 bis Juni 2025



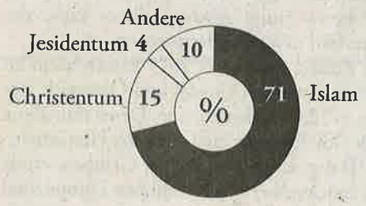
Anteil der positiv entschiedenen Schutzgesuche 2015–2024:
Asylanerkennung, Flüchtlingsstatus, subsidiärer Schutz und Abschiebeverbot

46 %

Alter und Geschlecht der Erstantragstellenden 2016, in Prozent



Wichtigste drei Religionszugehörigkeiten der Erstantragstellenden 2015–2025



ZEIT-GRAFIK/Quelle: Bamf

Schwerpunkt



Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa

Selfie in Berlin-Spandau: Angela Merkel lässt sich vor einer Asylunterkunft zusammen mit einem Geflüchteten fotografieren



Foto: Wolf Heider-Sawall/Laif

Münchner begrüßen ankommende Flüchtlinge am Hauptbahnhof mit Schokolade und Plüschtieren

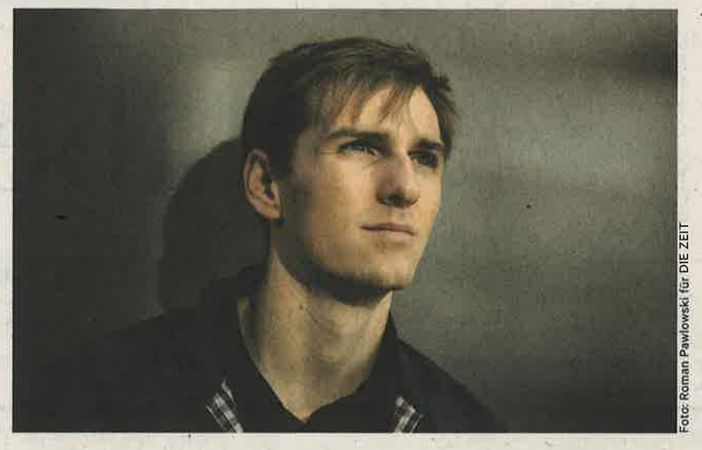


Foto: Roman Pawlowski für DIE ZEIT

Felix Gerike aus Kiel stoppt im Jahr 2023 in einem Regionalzug in Schleswig-Holstein einen Messerangreifer und wird dabei selbst verletzt

3. »Refugees welcome«
Gut gemeint

Kai Diekmann startete eine »Bild«-Kampagne für Geflüchtete, scheiterte aber privat als Helfer

Als Aktivisten habe ich uns bei *Bild* nie begriffen, auch nicht im Flüchtlingssommer 2015. Sicher, wir waren Akteure: Wir haben für die ankommenden Flüchtlinge eine Sonderausgabe in arabischer Sprache produziert und Spenden gesammelt. Wir haben die ganze letzte Seite freigeräumt, um das erschütternde Foto des toten kleinen Jungen vom Strand bei Bodrum zu veröffentlichen. Vor allem schufen wir die *Bild*-Kampagne »Refugees welcome«, deren Sticker sogar Bundesminister auf der Regierungsbank am Revers trugen. Von ganz rechts bekamen wir dafür viel Hass ab, während die linke *taz* uns ausnahmsweise mal lobte: Die Aktion habe maßgeblich dazu beigetragen, dass Flüchtlinge auf deutschen Bahnhöfen mit Applaus begrüßt wurden. Von derselben *taz* wurde uns üblicherweise Ausländerfeindlichkeit unterstellt.

Angela Merkel hat 2015 richtig gehandelt, als sie Hunderttausenden Schutz gewährte – zum Beispiel vor Assads Fassbomben-Terror, den auch der Westen nicht verhindert hatte. Wer sonst hätte es schaffen können, Mitmenschlichkeit zu beweisen, wenn nicht wir, das reichste Land Europas? Zumal wir mit unserer Geschichte. Nur leider blieb Angela Merkel überfordert, sondern auch dazu geführt, dass sich unzählige weitere Menschen auf den Weg gemacht haben und Zehntausende im Mittelmeer ertrunken sind. Wie kann man das ausblenden? Die moralische Überlegenheit, die viele Vertreter der Willkommenspolitik an den Tag gelegt haben, fand ich einfach nur schlimm.
ZEIT: Wie lautet Ihr Urteil zehn Jahre nach Merkels »Wir schaffen das«: Haben wir es geschafft?
Kurz: Natürlich nicht. Ungesteuerte Migration geschieht immer zum Schaden des betroffenen Landes. Die Folgen des damaligen Kontrollverlusts werden uns noch Jahrzehnte begleiten. Damit meine ich: ein Anstieg von Gewalttaten, wachsende Parallelgesellschaften, auch die Belastung der Sozialsysteme. Es war einfach naiv zu glauben, dass es möglich ist, einen Sozialstaat wie in Österreich oder Deutschland zu haben und gleichzeitig ungesteuerte Zuwanderung ins Sozialsystem.

Kurz, 39, war österreichischer Bundeskanzler.
Das komplette Interview unter: zeit.de/kurz2015
Die Fragen stellte Stefan Schirmer

5. Daten
Beschäftigung

Beschäftigungsquote* der 2015

48 Prozent. Von den derzeit drei Millionen Arbeitslosen stammen knapp 250.000 aus Syrien, dem Irak und Afghanistan. Asylsuchende in den Arbeitsmarkt zu integrieren, kostet vor allem Zeit – und Geld. SIMON LANGEMANN

7. Ganz deutsch?
Keine Euphorie

Somar Hasan, 38, arbeitet als Oberarzt in Mannheim, fühlt sich aber weiter fremd

Ich bin 2015 als angehender Augenarzt mit einem Arbeitsvisum aus Damaskus nach Deutschland gekommen. Die ersten beiden Jahre habe ich in Halle an der Saale gearbeitet, 2017 nahm ich in Jena eine Oberarztstelle an. Im Frühjahr 2024, als in Thüringen der Erfolg der AfD bei den Landtagswahlen abzusehen war, bin ich mit meiner Familie nach Mannheim umgezogen. Hier arbeite ich als leitender Oberarzt und strebe eine Professur an.

Eine Willkommenseuphorie habe ich bei meiner Ankunft 2015 nicht erlebt. Ich hatte schon damals die Ahnung, dass dieses Sommermärchen kein gutes Ende nehmen würde. Plötzlich viele Menschen ins Land zu lassen, ohne zu wissen, wer sie sind und welche Erfahrungen sie haben, war absehbar problematisch für ein ansonsten so gut organisiertes Land wie Deutschland.

Schüler arm oder von Armut gefährdet. »Das ist, als würde man einen 100-Meter-Lauf machen, und die Kinder aus reichen und gebildeten Familien dürften zehn Meter vor dem Ziel starten. Chancengleichheit, die gibt es nicht.« Um das zu kompensieren, fordert der Schulleiter, dass Schulen sich verändern müssen. »Sie sollten Lern- und Lebensraum werden. Als Treffpunkt, der 24 Stunden geöffnet ist, trocken, warm und mit Internet.«

Eltern einbinden und sie darin beraten, wie ihr Kind Bildungserfolge erleben kann: Dafür müssten sich Schulen öffnen – auch kulturell, sagt Utz. Denn eine weitere Hürde für die Integration sei, dass die Geschichte und Kultur Zugewanderter an den Schulen keine Rolle spiele. Ein Beispiel: Als 2023 ein Erdbeben der Stärke 7,8 die Türkei und Syrien erschütterte, organisierten die Schüler ein Benefizkonzert. »Bei unseren Weihnachtskonzerten ist es chaotisch und laut. Beim Konzert für die Erdbeben-Opfer hingegen war es mucksmäuschenstill.« Als er die Jugendlichen später fragte, warum das Konzert so diszipliniert abgelaufen sei, habe eine Schülerin geantwortet: »Weil es das erste Mal um uns ging.« FRANZISKA WUNDERLICH

9. Heile Welt?
Die Christin

nicht zu provozieren. Wenn es so weit kommt, muss man mit der Politik aufhören.

Göring-Eckardt, 59, ist für die Grünen im Bundestag. Die Fragen stellte Peter Dausend

10. Behörden
Zäher Nahkampf

Welche Erfahrungen mit Ämtern ein Vormund für Geflüchtete macht

Im Herbst 2016 traf ich eine der besten Entscheidungen meines Lebens: Ich wurde ehrenamtlicher Vormund eines unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Der Afghane, damals 16, hat inzwischen eine Lehre gemacht und wird, wenn alles gut läuft, bald Handwerksmeister sein. Familienvater ist er schon. Zwei weitere Vormundschaften sind ebenfalls abgeschlossen: Einer der jungen Erwachsenen geht noch zur Schule, ein anderer beginnt bald eine Lehre. Zwei Jungs, beides Schüler, habe ich als Vormund noch eine Weile unter meinen Fittichen.

Es ist sehr erfüllend, junge Geflüchtete beim Start in ihr Leben in Deutschland zu begleiten. Die meisten könnten hier genau die Fachkräfte werden, die wir brauchen. Der Umgang mit deutschen Behörden aber ist häufig deprimierend. 2016 hielt ich

die Antwort schuldig, wie wir das dauerhaft schaffen. Auch ich bin im Kleinen an dem gescheitert, was im Großen falsch gemacht wurde.

Meine Frau und ich haben 2015 einen Syrer mit seinen zwei kleinen Söhnen bei uns zu Hause in Potsdam aufgenommen. Die Mutter war im Mittelmeer ertrunken. Wir wollten dieser traumatisierten Familie helfen. Das war gut gemeint, aber auch amateurhaft und komplett naiv. Kein Wunder, dass wir gescheitert sind. Am Anfang feierten wir gemeinsam Weihnachten, am Ende durften seine beiden Kinder nicht mal mehr mit unseren Kindern essen, weil unser Kühlschrank »nicht halal« war. Wir hatten bei allem Fördern das Fordern versäumt: zu verlangen, dass unsere Gäste nach unseren Regeln und Werten leben. Nach zehn Monaten zogen die drei wieder aus. Der Vater, ein Architekt aus Damaskus, den sein Arbeitsverbot in Deutschland frustrierte, war äußerst religiös geworden. Wie ich hörte, hat er Karriere in einem Brandenburger Moscheeverein gemacht.

War »Wir schaffen das« falsch? Nein. Aber genauso richtig ist die Kritik daran, dass wir nach 2015 den Zustrom nicht besser geordnet und den Menschen, die zu uns kamen, nicht deutlich mehr abverlangt haben. Zum Beispiel den Flüchtlingen aus der Ukraine, die bei uns schlechter in den Arbeitsmarkt integriert sind als in anderen EU-Ländern. Zugleich müssen wir aufpassen, dass die Stimmung gegenüber Migranten nicht ins andere Extrem kippt. Ins Feindselige. Wir Deutschen tun uns schwer damit, das Mittelmaß zu finden. Vielleicht hat Winston Churchill recht, der angeblich über die Deutschen sagte: Entweder du hast sie auf den Knien oder an der Kehle.

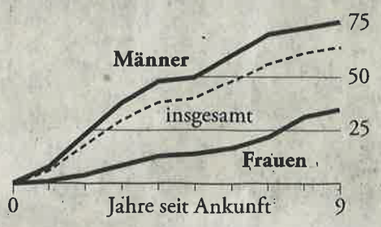
Diekmann, 61, war 2015 »Bild«-Chefredakteur.
Notiert von Stefan Schirmer

4. Offene Grenzen
Merkels Gegenspieler

Österreichs Ex-Kanzler Sebastian Kurz hält die »Willkommenskultur« bis heute für falsch

DIE ZEIT: Herr Kurz, Sie waren im »Flüchtlingssommer« 2015 Österreichs Außenminister und galten bei dem Thema als Gegenspieler von Angela Merkel. Wie kam es dazu?
Sebastian Kurz: Ich war einfach völlig anderer Meinung als Angela Merkel und habe mich in der Verantwortung gesehen, dieser Linie der offenen Grenzen zu widersprechen.
ZEIT: Anfang September 2015 kamen allein an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich täglich bis zu 12.000 Menschen an. Deren Aufnahme war für viele Europäer ein Gebot der Humanität.
Kurz: Das geschah im falschen Glauben, etwas Gutes zu tun. Aber es hat nicht nur Europa total

zugezogenen Schutzsuchenden, in Prozent



*Anteil der Personen (18–64 Jahre), die einer bezahlten abhängigen Beschäftigung nachgehen, ohne Selbstständige und Beamte/Quelle: IAB

6. Arbeitsmarkt
Es dauert

Viele Flüchtlinge haben mittlerweile einen Job – aber oft keinen gut bezahlten

Es waren gleich mehrere Industriebosse, die sich im Herbst 2015 für die Aufnahme von Flüchtlingen aussprachen. Einer davon war Dieter Zetsche, damals Daimler-Chef. Natürlich sei nicht jeder Flüchtling ein brillanter Ingenieur, Mechaniker oder Unternehmer, sagte er am 14. September 2015. Aber wer sein komplettes Leben zurücklasse, sei hoch motiviert. »Genau solche Menschen suchen wir bei Mercedes und überall in unserem Land.« Im besten Fall, meinte Zetsche, könne der Zuzug »eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden«.

Die Prognose klingt aus heutiger Sicht hemmungslos optimistisch. Aber es gibt durchaus gute Nachrichten. Laut einem neuen Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben 64 Prozent der Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, einen sozialversicherungspflichtigen Job. Damit liegt die Gruppe nur sechs Prozentpunkte unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Während die Männer eine Quote von 76 Prozent erreichen, hat bei den Frauen nur ein gutes Drittel einen Job.

54 Prozent der Frauen sind noch immer auf Sozialleistungen angewiesen, teils auch weil ihr Verdienst nicht zum Leben reicht. Insgesamt liegen die Gehälter der 2015 angekommenen Flüchtlinge bei 70 Prozent des deutschen Medianentgelts und damit nur knapp über der Niedriglohnschwelle. Das hat auch damit zu tun, dass ungefähr die Hälfte einer einfachen Helfertätigkeit nachgeht (in der Gesamtbevölkerung nur jeder Zehnte); die andere Hälfte arbeitet in Kategorien wie Fachkraft oder Spezialist.

Schaut man nicht nur auf die Menschen, die 2015 gekommen sind, sondern auch auf die Flüchtlinge, die später kamen, 2018 oder 2022 etwa, ergibt sich ein anderes Bild. Die Beschäftigungsquote aller Menschen aus den wichtigsten Asylherkunftsländern liegt aktuell bei nur

Die Schuld an den Integrationsproblemen sehe ich auf beiden Seiten: Deutschland war nicht vorbereitet. Aber viele Migranten haben sich nicht die Mühe gemacht, sich zu integrieren, und geschlossene Communitys gebildet. Was mich stört, ist die öffentliche Pauschalisierung. Ja, Straftäter sollten konsequent abgeschoben werden. Aber immer öfter werden alle Einwanderer in einen Topf geworfen. Ich habe inzwischen den deutschen Pass, und mich verbindet nach zehn Jahren immer mehr mit Deutschland. Wahrscheinlich werde ich aber nie richtig als deutsch wahrgenommen werden. Ich hoffe, dass meine Kinder es anders erleben werden.

Notiert von Xifan Yang

8. Bildung
»Richtig eng«

Eine Bremer Schule zeigt: Ob Integration gelingt, hängt vom Idealismus der Lehrer ab

Eine Gruppe Schülerinnen läuft durch die Aula, formt einen Kreis, kniet nieder. Die Mädchen proben – für ihre Oper »Dream On«, ein Stück über die Suche nach Freiheit und Sicherheit. Der Regisseur tritt hinzu. In der Hand hält er eine Plastikzange: »Die ist jetzt erst mal ein Ersatz, auf der Bühne werdet ihr in dieser Szene eine Fackel bekommen.« Ein Mädchen, etwa 13 Jahre alt, fragt: »Was ist eine Fackel?«

Hans-Martin Utz schaut den Proben zu. Seit 2015 leitet er die Gesamtschule Bremen-Ost im Stadtteil Osterholz-Tenever. Ein Viertel, in dem 80 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund haben – der bundesweite Durchschnitt in den Klassenzimmern liegt bei mehr als 40 Prozent. Verglichen mit anderen Industrienationen klaffen hierzulande die Leistungen zugewanderter Kinder und einheimischer Schüler besonders weit auseinander. Für Utz ist die Hauptursache klar: »Sprache, Sprache, Sprache.« Wer bis zur siebten Klasse Deutsch lerne, habe noch gute Chancen auf einen mittleren Schulabschluss. Danach werde es »richtig eng«.

Geflüchtete Kinder besuchen an Utz' Schule ein Jahr lang eine Vorklasse, dann wechseln sie in den Regelunterricht. »Sprachförderung ist unser ständiger Begleiter. Das ist für Lehrer, die den Unterrichtsstoff vermitteln sollen, unfassbar anstrengend.« Lehrer und Sozialpädagogen, daran fehle es.

Die Integration gelinge zwar, sagt Utz, und die Unterrichtsqualität habe unter dem Einfluss der Migration zugenommen, es sei individueller, kooperativer geworden. »Wir schaffen es immer wieder. Aber nur aufgrund des Idealismus der Kolleginnen und Kollegen.« Häufig seien die Eltern der Schüler mit einem niedrigen Bildungsgrad nach Deutschland gekommen. Sie könnten ihre Kinder beim Lernen nicht unterstützen. Zudem seien 70 Prozent seiner

Katrin Göring-Eckardt spricht über einen Satz von 2015, der ihr viel Hass einbrachte

DIE ZEIT: »Jetzt bekommen wir auf einmal Menschen geschenkt.« Das haben Sie im November 2015 gesagt. Wie kam es zu diesem Satz?
Katrin Göring-Eckardt: Ich habe ihn auf der Synode der Evangelischen Kirche in Bremen gesagt – niemand fand es dort erstaunlich, dass man als Christin von Menschen als Geschenk spricht. Der Satz hatte aber auch einen ganz realen Hintergrund: Damals gab es ja bereits einen erheblichen Fachkräftemangel, vor allem im Gesundheitssystem. Mein Ansatz war, in den vielen Geflüchteten, die 2015 zu uns gekommen waren, zunächst das Positive zu sehen, die Chance, die sich daraus ergab. Über Abschottung und Obergrenzen redeten ja andere die ganze Zeit.
ZEIT: In der Rückschau: War der Satz naiv?
Göring-Eckardt: Nein. Ich habe damals bereits, das kann man nachlesen, auch von großen Herausforderungen gesprochen – für Schulen, Kitas, den Arbeitsmarkt, die Wohnsituation. So kam es ja auch. Wir dürfen aber nicht vergessen: Heute haben gut zwei Drittel der Menschen, die damals gekommen sind, eine feste Arbeit und machen oft die Jobs, für die sich Deutsche nur schwer begeistern können.
ZEIT: Der Satz hat Ihnen Ärger eingebracht.
Göring-Eckardt: Es gibt noch einen anderen Satz, mit dem mir das gelungen ist, in dem ich zu den auf uns zukommenden Veränderungen gesagt habe: »Ich freue mich drauf.« Mit diesen beiden Sätzen habe ich sehr viel Hass auf mich gezogen. Man hat mir vorgeworfen, für Messermorde und Vergewaltigungen verantwortlich zu sein, ich habe Hassmails bekommen, Drohbriefe, Morddrohungen – und die auch gegen meine Kinder und Enkelkinder. Ich bin auf der Straße beleidigt und angespuckt worden. Es ist so ziemlich alles passiert, was man nicht erleben möchte. Und es passiert heute noch. Auch Zeitungen greifen einen dieser beiden Sätze kontextlos immer mal wieder auf, als Zitat des Tages oder Wort der Woche – und dann geht es wieder von vorn los.
ZEIT: Würden Sie den Satz heute wiederholen?
Göring-Eckardt: Auf einer Synode der Evangelischen Kirche Deutschland würde ich immer wieder sagen: Wir bekommen Menschen geschenkt. Das ist das Selbstverständlichste, was man als Christin sagen kann. Als Grüne und Ostdeutsche, die mit der Friedlichen Revolution groß geworden ist, würde ich auch immer wieder sagen: Ich freue mich auf Veränderung. Ich würde aber diese Sätze noch stärker und enger in den Kontext einbetten. Weil ich bitter lernen musste, wie sehr man durch Weglassen von den Falschverstehern im Nachhinein verfälscht wird. Heute vielleicht sogar noch krasser als vor zehn Jahren.
ZEIT: Verkneifen Sie sich heute Sätze, die zu Hassmails und Drohungen führen könnten?
Göring-Eckardt: Nein. Ich habe nie etwas nicht gesagt, was ich für richtig halte, um andere

uns für ein gut funktionierendes Land. Doch seither erlebe ich Ämter, zu denen ich vorher nie Kontakt haben musste: Asyl-, Flüchtlings-, Einwanderungs- und Schulbehörde, Jobcenter, Arbeitsagentur, Sozialamt, Wohnungsamt. Nun weiß ich, was ein Albtraum ist.

Stundenlang könnte ich Abstrusitäten aus dem Nahkampf mit Behörden erzählen. Von dem Kind etwa, das Berlin 2020 – worauf der Senat sehr stolz war – aus dem berüchtigten Lager auf der griechischen Insel Moria geholt hatte, um ihm wenig später eine »Ausreiseaufforderung mit Abschiebungsandrohung« zu schicken. Oder die Geschichte von drei Behörden, die sich wochenlang um den Mietkostenanteil für einen Zwölfjährigen stritten. Ein beteiligter Beamter sprach dabei den wahren Satz: »Wir stehen uns alle gegenseitig im Weg.« Exakt so erlebe ich Deutschland seit 2016.

Immer mehr Behörden schotten sich zudem gegen ihre »Kunden« ab. Vormund bleibe ich trotzdem mit Leib und Seele. Optimist ebenso. Es kann nur besser werden.

Andreas Thewalt, 69, war Journalist

11. Osten
Unter neuen Leuten

Der Soziologe Steffen Mau sagt: 2015 hat besonders im Osten das Stadtbild verändert

DIE ZEIT: Hat der Osten auf 2015 anders reagiert als der Westen?
Steffen Mau: Ja. Ich fand es schon verblüffend, wie wenig die Ostdeutschen 2015 ihre eigene Fluchterfahrung reflektiert haben. Viele sind doch 1989 auf der ziemlich exakt selben Route über den Landweg zwischen Ungarn und Österreich geflüchtet! Manche haben in der Prager Botschaft festgesessen wie 2015 die Menschen am Bahnhof in Budapest. Da hätte ich erwartet, dass man sich mit diesem historischen Bewusstsein in den Geflüchteten von 2015 selbst wiedererkennt. Aber das ist überhaupt nicht zum Thema geworden.
ZEIT: Warum nicht?
Mau: Es gab keine Identifikation mit den Menschen, die damals hier ankamen, weil man sie als kulturfern betrachtet hat. Zudem muss man sehen, dass es in Ostdeutschland historisch deutlich weniger Migranten gab als in Westdeutschland. Nehmen wir als Beispiel die Stadt Gera, die steht exemplarisch für viele mittelgroße Städte in Ostdeutschland, wie Ansgar Hudde von der Uni Köln gezeigt hat. Gera hatte 1989 mehr als 130.000 Einwohner, jetzt sind es noch etwa 95.000. Vor etwa zehn Jahren lebten dort 1,9 Prozent Menschen mit nicht deutschem Pass. Jetzt sind es 15 Prozent! Das muss man sich mal vorstellen! Bei den über 60-Jährigen ist der Anteil

Haben wir es geschafft?



Abb. Screenshot: YouTube

In der Kölner Silvesternacht 2015 kommt es zu sexuellen Übergriffen gegen Hunderte Frauen, unter den Tätern viele junge Geflüchtete



Foto: Ullstein

Ein Jahr nach den Vorfällen auf dem Domplatz demonstrieren Menschen in Köln gegen Angela Merkel, unter ihnen rechtsradikale Gruppen



Foto: Roman Pawlowski für DIE ZEIT

Der Schulleiter Hans-Martin Utz und sein Team unterrichten an einer Gesamtschule in Bremen zahlreiche geflüchtete Kinder

der Migranten immer noch bei zwei Prozent. Aber bei den Männern zwischen 20 und 30 liegt er bei 36 Prozent. Das heißt, in bestimmten Jahrgängen gibt es eine Überrepräsentation von jungen migrantischen Männern, und das sieht man natürlich auch im Stadtbild. Mehr als in westdeutschen Städten, wo das längst etabliert und gelernt ist. Man muss noch als Sondereffekt hinzunehmen, dass in Ostdeutschland viele Frauen abgewandert sind und wir es außerhalb der Universitätsstädte schon so mit einer männerdominierten Gesellschaft zu tun haben. Die Kombination aus maskulinisierter Migration und maskulinisierter Aufnahmegesellschaft birgt großes Spannungspotenzial. Ohne das rechtfertigen zu wollen: Wenn man eine sozial, kulturell und ethnisch homogene Gemeinschaft vor Ort gewöhnt ist, und dann setzt eine solche Veränderungsdynamik ein – dass es da starke Reaktionen gibt, ist soziologisch keine Überraschung. Und dann kommen noch die ganzen politischen Dynamiken, das Ressentiment und die ausländerfeindlichen Einstellungen dazu.

ZEIT: Hat die ostdeutsche Kanzlerin dafür ein besonderes Gespür entwickelt – oder eine besondere Unfähigkeit, sich in diese Prozesse hineinzudenken?

Mau: Ich sehe Angela Merkel eher in der Tradition derer, die sich 2015 auch an 1989 erinnert haben. Da gab es ja viele Parallelen, aber Merkel hat das in der öffentlichen Kommunikation zu

Meine Narben von jenem Tag bleiben, auf der Stirn, an der Hüfte, am Rücken und an der Nase, die mir Ibrahim A. fast abgebissen hat. Aber es geht mir gut. Ich will selbst nicht in Angst leben. Und ich wünsche mir, dass wir als Gesellschaft mutig genug sind, menschlich zu bleiben.

Notiert von Christoph Heinemann

13. Statistik
Kriminalität

Anstieg der Zahl von tatverdächtigen Zuwanderern, ausgenommen einwanderungsspezifische Delikte, von 2019 zu 2023

23 %

Anzahl Tatverdächtiger und Anteil Schutzsuchende an Tatverdächtigen 2024

Gewaltkriminalität: 197.347 — 14 %

Die meisten wünschen sich eine Zuwanderung, die sich an den Interessen des Arbeitsmarkts orientiert und die kulturell kompatibel ist. Insbesondere die Lage an den Schulen wird zunehmend kritisch beurteilt – vor allem die hohe Zahl an Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen und anderen kulturellen Prägungen.

Dazu kommt, dass die staatlichen Ausgaben für Flüchtlinge immer mehr Kritik hervorrufen. Auf die Frage, welche Gruppe im Sozialsystem zu viel Unterstützung erhält, nennt die Mehrheit als Erstes: zugewanderte Personen. Menschen mit Angst vor sozialem Abstieg äußern das sogar zu mehr als 70 Prozent. In Zeiten sinkender Wirtschaftsleistung und knapper werdender Ressourcen birgt das gesellschaftlichen Sprengstoff. Die ungesteuerte Zuwanderung von Millionen Menschen, davon die meisten aus einem anderen Kulturkreis, ist nicht in wenigen Jahren zu bewältigen, sondern hat Langzeitfolgen.

Köcher, 73, leitet das Institut für Demoskopie Allensbach. Notiert von Stefan Schirmer

15. Umfragen
Aufstieg der AfD

17. Medien: Contra
Auf der richtigen Seite?

Jochen Bittner meint: Auch die ZEIT war zu unkritisch, erst recht nach Kölns Silvesternacht

Waren die Medien früh genug kritisch genug gegenüber Merkels Flüchtlingspolitik? Die Silvesternacht von 2015 auf 2016 lieferte einen Test dafür. Auf dem Bahnhofsvorplatz in Köln wurden in dieser Nacht laut Polizeischätzung fast 650 Frauen Opfer von Sexualdelikten. Tatverdächtige waren Hunderte junge Männer, die dem »äußeren Erscheinungsbild nach (...) weit überwiegend dem nordafrikanischen/arabischen Raum zuzuordnen waren«, wie es später ein Untersuchungsbericht des Landtages von NRW formulierte. Unmittelbar danach wurde auf sozialen Netzwerken von den Geschehnissen berichtet. Die meisten Nachrichtenredaktionen aber zögerten mit der Berichterstattung. Am Abend des 4. Januar fragte das ZDF über seinen Twitter-Account: »Was denkt ihr: Wie sollte @heuteplus über die Angriffe in der Silvesternacht in Köln berichten?«

Diese Frage fasste eine damals vorherrschende generelle Unsicherheit in den Redaktionen des Landes zusammen: Wie sollte man berichten, um sich nicht den Vorwurf einzuhandeln, flüchtlings-

irgendwie geschafft, als Wohltäterin der Flüchtlinge in die Geschichte einzugehen. Aber in Wahrheit hat sie in den vier Jahren, als sich schon Millionen Syrer in die Türkei, den Libanon und nach Jordanien aufgemacht hatten, nichts getan, um die Not in diesen Erstaufnahmeländern zu lindern. Dazu kam die Eurokrise, in der Griechenland Gründe hatte, den Druck auf Deutschland zu erhöhen, indem man die Leute weiterreisen lässt – um so eventuell bessere Darlehensbedingungen zu bekommen. Hätte man früher gehandelt, die Türkei entlastet und für eine geregelte Flüchtlingsaufnahme gesorgt, dann wäre es zu der großen Krise von 2015 gar nicht gekommen.

ZEIT: Was waren die politischen Spätfolgen von Merkels Entscheidung?

Koopmans: Ich würde das gar nicht alles der Kanzlerin und ihren Selfies in die Schuhe schieben. Auch die deutsche Bevölkerung mit ihrem Applaus an den Bahnsteigen, die deutschen Sozialstandards auch für abgelehnte Asylbewerber haben zu der Botschaft beigetragen, dass Deutschland alle willkommen heißt. Das einseitige Vorgehen hat Spaltungen, die es in der EU ohnehin schon gab, einfach noch sehr viel tiefer werden lassen. Der Brexit mit seiner Losung *»Take back control«* war eindeutig eine Reaktion auf die Bilder aus Deutschland.

Die Fragen stellte Mariam Lau

Vollzug natürlich auch.

Mau, 56, lehrt Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Fragen stellte Heinrich Wefing. Das ganze Interview unter zeit.de/mau2015

12. Attentat
Menschlich bleiben

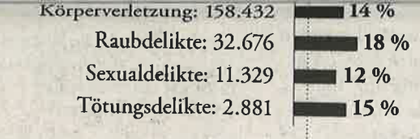
Felix Gerike, 23, wurde 2023 von einem Asylbewerber in einem Zug bei Brokstedt verletzt

Ich erinnere mich verschwommen an den Kampf im Zug. An den Sitzreihen des Waggons klebte Blut, ich sah auf dem Gang einen Mann, wollte ihn fragen, ob ich ihm helfen könne. Da drehte er sich um, ging mit einem Küchenmesser auf mich los. Ich schaffte es, seine Handgelenke zu greifen, er stach mir in die Hüfte. Ein anderer Passagier kam hinzu. Zusammen entwaffneten wir den Täter, überwältigten ihn.

Der Richter sagte im Prozess gegen Ibrahim A., wir hätten noch Schlimmeres verhindert. Aber zwei Teenager wurden in dem Zug getötet. Den Vater des Mädchens lernte ich später bei einem Gedenkgottesdienst kennen, wir redeten länger miteinander. Er hat in den Medien gesagt, jeden Tag würden Menschen sterben, weil die Politiker versagten. Sie wüssten nicht einmal, wer sich alles im Land aufhält. Der Vater glaubt, es sei seine Pflicht, die Probleme anzusprechen, weil sie außer Kontrolle seien. Ich kann seinen Schmerz erahnen.

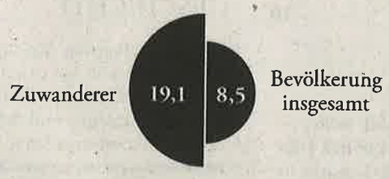
Aber ich bin nicht seiner Meinung. Als Ibrahim A. abgeführt wurde, habe ich einfach einen Kriminellen gesehen. Welche Rolle spielt es, woher der Täter kommt? Ich war froh, überlebt zu haben, erst im Krankenhaus habe ich alle Wunden des Messers bemerkt. In den Tagen und Wochen danach versuchte ich, normal weiterzuleben. Ich trieb Sport, traf Freunde und fuhr bald wieder mit der Bahn zur Arbeit, wie vorher.

Ja, wenn ich Ibrahim A. im Gerichtssaal gegenübersaß, als Nebenkläger, war da auch Wut. Als sich unsere Blicke trafen, als er plötzlich lächelte, während andere Zeugen den Horror schilderten, den er angerichtet hatte. Und als später weitere Taten dieser Art geschahen, in Solingen oder Aschaffenburg, traf mich das sehr tief, so ähnlich war das alles zu unseren Erlebnissen. Ich konnte nie verstehen, warum man Menschen wie Ibrahim A. nicht besser im Blick behielt, und werde es nie verstehen können. Wie kann es sein, dass eine Tat wie in Brokstedt geschieht, bloß weil sich mehrere zuständige Behörden nicht richtig ausgetauscht haben? Doch zu fragen, wie sich verhindern lässt, dass Menschen nach Deutschland kommen, finde ich falsch. Als Angela Merkel gesagt hat, wir schaffen das, war ich 13 Jahre alt und fand es richtig zu helfen. Ich glaube auch heute, nach Brokstedt, dass das Menschenrecht auf Asyl gelten muss.



Anteil Schutzsuchende an der Gesamtbevölkerung: **3,9 %**

Anstieg der Opferanzahl 2023 im Vergleich zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: BKA, PKS

14. Demoskopie
Tiefes Erschrecken

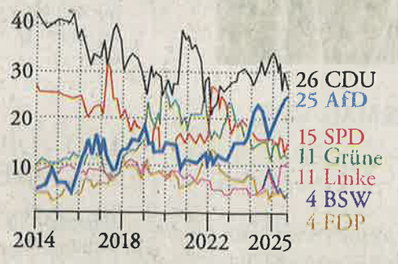
Meinungsforscherin Renate Köcher erklärt, wie die Folgen von 2015 die AfD gestärkt haben

Wir fragen die Bevölkerung regelmäßig, wie hoffnungsvoll sie den nächsten zwölf Monaten entgegensieht. Ab Sommer 2015 ist dieser »Optimismuspegel« innerhalb weniger Monate regelrecht abgestürzt: von fast 60 auf 34 Prozentpunkte. Ein Absturz, wie wir ihn sonst nur bei Ereignissen wie dem 11. September oder der Weltfinanzkrise kennen. Das zeigt: Neben viel Rührung und Hilfsbereitschaft gab es 2015 eben auch ein tiefes Erschrecken wegen des Eindrucks, dass der Staat bei der Zuwanderung die Kontrolle verloren hatte.

Auch wenn andere Themen wie Corona, der Ukrainekrieg oder die Inflation das Zuwanderungsthema zeitweise überlagert haben: Die Verunsicherung wirkt bis heute nach. 2024 gab bei unserem jährlichen »Sicherheitsreport« ein Drittel der Bevölkerung – vor allem Frauen – an, dass sie sich in ihrer eigenen Region aufgrund des Flüchtlingsthemas unsicherer fühlen als früher. Und besonders gravierend: Viele haben den Eindruck, dass das humanitäre Engagement der Politik teilweise wichtiger ist als die Interessen der eigenen Bevölkerung. Das ist ein wesentlicher Grund, warum die AfD so stark geworden ist und die Mitte-Parteien schwächeln. Insbesondere in Ostdeutschland, wo ungesteuerte Zuwanderung noch kritischer gesehen wird als im Westen.

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist keineswegs ausländerfeindlich, aber 81 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland zu viele Flüchtlinge aufgenommen und sich damit übernommen hat.

Bundesweite Umfrageergebnisse, in Prozent



Stand: 1.9.2025/Quelle: Infratest Dimap, INSA

16. Medien: Pro
Nah dran

Bernd Ulrich meint: Die ZEIT hat 2015 nicht einseitig über Migration berichtet

In der Ausgabe vom 23. April 2015 hat das politische Ressort der ZEIT etwas gemacht, was es vorher noch nie gegeben hat: einen ganzen Politik-Teil als Pro und Contra zur Aufnahme von Flüchtlingen. Dabei haben wir nicht nur argumentiert, sondern auch reportiert, es gab Statistiken und Geschichten, die sich in das jeweilige Für und Wider einfügten. Der Anlass für dieses Projekt war eine Flüchtlingskatastrophe, die sich zuvor auf dem Mittelmeer zugetragen hatte, die kontroverse Form wiederum war eine Folge der Debatten unter uns, die sich daraus entspannen.

Nicht zuletzt durch diese Ausgabe vom April waren wir recht gut vorbereitet auf die Ambivalenzen und Widersprüche von Flüchtlingspolitik, als Angela Merkel im September die Grenzen offen ließ und die Parole, das Flehen, den Befehl ausgab: »Wir schaffen das.« In den Tagen danach haben wir ausführlich berichtet über ja, wie soll man das nennen: eine regelrechte Explosion von Hilfsbereitschaft in Deutschland. Sicher hat man vielen Artikeln eine gewisse Erleichterung angemerkt, darüber, dass diesen Menschen geholfen wurde, aber auch darüber, dass ausgerechnet die Deutschen, denen man aus historischen Gründen in puncto Rassismus zu misstrauen gelernt hatte, sich so bewährten. Wir haben aber auch schon sehr früh nachgeforscht, ob die vielen Flüchtlinge zu einem Anstieg in der Kriminalstatistik führen.

Wir waren im September zunächst grosso modo zuversichtlich, wenn auch nicht so überbordend wie *Bild* und *taz*, dabei stets binnenkontrovers wie im April. Und haben weiter das Ambivalente, das Unübersichtliche der Lage im Blick behalten. Wir waren nah an den Menschen, haben Geflüchtete in die Redaktion eingeladen, waren in den Flüchtlingslagern in Griechenland, auf der Balkanroute und haben auf die inneren Widersprüche, die moralischen Dilemmata von Merkels Pakt mit der Türkei hingewiesen. Und dann war da noch die Silvesternacht, aber das ist eine andere Geschichte.

feindlich zu sein, oder, wie es oft hieß, »rechte Narrative« zu bedienen? In den öffentlich-rechtlichen Medien etwa war durchgehend von »Flüchtlingen« oder »Geflüchteten« die Rede, obwohl bei vielen Schutzsuchenden eben nicht klar war, ob sie Fluchtgründe geltend machen konnten. Eine Studie der Hamburg Media School und der Universität Leipzig kam im Sommer 2017 zu dem Ergebnis, wichtige deutsche Medien hätten einen offenen Diskurs über Merkels Politik eher erstickt als ermöglicht. Zeitungen von der *Bild* bis zur *FAZ* hätten eine »euphemistisch-persuasive Diktion« des Begriffs der Willkommenskultur verbreitet und eine »Schweigespirale« erzeugt.

Die ZEIT wurde in der Studie nicht untersucht. Aber auch sie brachte im August 2015 eine Titelgeschichte mit der Zeile »Willkommen!« und war bei der Berichterstattung über die Kölner Silvesternacht zögerlich. Stammten die Twitter-Schilderungen nicht von Rechtsradikalen, die die Geschehnisse aufbauschten? Und gibt es solche Übergriffe nicht auch beim Oktoberfest?, lauteten einige der Fragen, die in der Redaktion diskutiert wurden. Je früher es Recherchen gegeben hätte, desto früher hätten sie für Differenzierung sorgen können. Bei den Tätern von Köln handelte es in der Mehrzahl um abgelehnte Schutzsuchende aus Nordafrika.

In der Bilanz ist es sicher keine Übertreibung zu sagen, dass die meisten deutschen Journalisten auf der moralisch richtigen Seite stehen wollten. Das hat den kritischen Blick dafür getrübt, was innerhalb des Richtigen falsch lief.

18. Europäische Union
Zu spät gehandelt

Der Migrationsforscher Ruud Koopmans über die Spätfolgen von Merkels Asylpolitik

DIE ZEIT: Herr Koopmans, welche Auswirkungen hatte Angela Merkels Flüchtlingspolitik auf die europäischen Nachbarn Deutschlands?

Ruud Koopmans: Das wurde in den Niederlanden, in Polen, in Großbritannien als deutsche Eigenmächtigkeit erlebt, die die Kanzlerin nur mit den Österreichern abgesprochen hat. Das kam nicht gut an. Deutschland teilte mit, man werde die Dublin-Regeln aussetzen. Die Folge: Der Zustrom über die Balkanroute nahm enorm zu, von Leuten, die aus der Türkei nach Griechenland übersetzten. Die Länder, die auf dieser Route Richtung Deutschland lagen, waren alle mitbetroffen, ob sie wollten oder nicht.

ZEIT: Aber die Hauptursache war nicht der ausgesetzte Dublin-Beschluss, sondern der syrische Bürgerkrieg.

Koopmans: Natürlich, man war getrieben von Ereignissen, die Deutschland aber auch mitzuverantworten hatte. Der Bürgerkrieg in Syrien hatte ja 2011 begonnen. Angela Merkel hat es

19. Nachbarn
Voneinander lernen

Die Familie eines ZEIT-Reporters nahm vor zehn Jahren einen Syrer auf. Was wurde daraus?

Im Herbst vor zehn Jahren kam es im Raum Hamburg zu einer kuriosen Konstellation, die heute kaum noch denkbar wäre: Vier deutsche Familien bewarben sich darum, einen jungen Mann aus Syrien bei sich aufzunehmen. Darunter waren wir.

Der junge A. war aus einer entlegenen Stadt am Euphrat geflohen. Die Kampflinie zwischen Aufständischen und den Truppen des Diktators Baschar al-Assad verlief genau durch seine Heimatregion. Die Uni, an der A. Mathematik studiert hatte, lag in Trümmern. Nun saß er in einer Unterkunft in Sachsen und langweilte sich. Wir lasen davon in einer Mail, die Freunde von Freunden geschrieben hatten. Der Verteiler war so groß wie die Hilfsbereitschaft zu jener Zeit. Deshalb hatte A. die Wahl. Er entschied sich für uns, eine Familie mit zwei Kindern, immer was los – weshalb A. sich erhoffte, besonders schnell Deutsch zu lernen.

Nur Wochen nach seinem Einzug, an Silvester, vergriffen sich in Köln Migranten an jungen Frauen, spätestens da spaltete sich die Gesellschaft in vermeintliche »Gutmenschen« und »Verteidiger des Abendlandes«, wobei ich bis heute denke: Die wahren Verteidiger des Abendlandes, das waren wir, nämlich im alltäglichen Austausch mit A., für den es sich anfangs nicht gehörte, einer Frau die Hand zu geben. Dieser Praxis konnte er in unserem Haus und der Nachbarschaft aber nicht ausweichen. A. wiederum unterrichtete uns geschichtsverwöhnte Deutsche in harter Geopolitik: Das, was Russlands Armee der Ukraine noch antun würde, hatte sie Syrien schon angetan. Wir lernten voneinander. Statt übereinander zu reden, sprachen wir miteinander. So baute sich eine Art Immunität auf gegen die Polarisierung um uns herum.

Heute arbeitet A. in Genf, bei den Vereinten Nationen. Sein Studium schloss er souverän ab, unsere Sprache spricht er fließend, deutscher Staatsbürger ist er auch. Wir haben seltener Kontakt als früher, was an der räumlichen Distanz liegt und daran, dass A. keine Mentoren mehr braucht (was unser Ziel als Mentoren war!). Manchmal habe ich allerdings das Gefühl, dass mit dem abklingenden Austausch zwischen ihm und uns auch eine gefährliche Stille entsteht. So wissen wir nicht, wie der jeweils andere über den Nahostkonflikt denkt. Aber ich habe so meine Vermutung. Und A. hat sicher seine. Unsere Immunisierung gegen die Spaltung ringsum lässt nach.

HENNING SUSSEBACH

Mitarbeit:
Quirin Knospe, Julian Sadeghi, Sofie Schiffer
Infografik: Nora Coenenberg, Rosa Drieschner